

# Populismus-Verdacht

WOLFGANG VOIGT

Die Entscheidung der grün-roten Landesregierung, bereits 16-Jährige auf kommunaler Ebene wählen zu lassen, ist nicht das Problem. Ebenso wenig wie eine Verschiebung der parteipolitischen Gewichte wird es einen rasanten Zuegwinnt an Verantwortung und demokratischem Bewusstsein unter den Jugendlichen geben. Die Frage ist eher: Genügt das Schrauben an der Altersgrenze?

Zwar dürfen die jungen Leute schon bald panaschieren und kumulieren, doch das passive Wahlrecht – die Lizenz also, selbst als Politiker anzutreten – haben sie nicht. Zwar dürfen sie über die Zusammensetzung der Bürgervertreter im

heimischen Rathaus mitbestimmen, doch auf Landes- und auf Bundesebene bleiben sie außen vor. Zwar signalisiert man ihnen, ernst genommen zu werden, doch tut man keinen Deut mehr als bisher für ihre politische Bildung.

Das ist vielleicht der entscheidende Punkt: Erst wenn der frühe Zugang zu den Wahlurnen auch eine Entsprechung in den Lehrplänen des Geschichts- und Sozialkunde-Unterrichts hat, kann sich die Senkung des Wahlalters von dem Verdacht des bloßen Populismus befreien. Denn es ist naiv zu meinen, sie führe automatisch zu einem größeren politischen Interesse.